

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

28.05.2015

Ausschussbetreuender Fachbereich

FB 5 Jugend und Soziales

Schriftführung

Gitta Schablack

Telefon-Nr.

02202-142647

Niederschrift

**Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann
Sitzung am Donnerstag, 26.02.2015**

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:55 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1** **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

- 2** **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**

- 3** **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 04.12.2014 - öffentlicher Teil**
0040/2015

- 4** **Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**

- 5** **Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 5.1 Frauenpolitische Informationen**
0041/2015
- 6 Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**
- 7 Rückblick 2014 und Ausblick 2015 zur Umsetzung des Integrationskonzeptes**
0012/2015
- 8 Verwendung finanzieller Mittel zur Umsetzung des Integrationskonzeptes:
Weiterführung des Projektes "Ex-Azubi-Treff" durch die GL-Service gGmbH**
0010/2015
- 9 Umsetzung des Aktionsplanes im Jahr 2014 und Planung für das Jahr 2015**
0573/2014
- 10 Ergebnisse des "Runden Tisches bezahlbarer Wohnraum"**
0444/2014
- 11 Anträge der Fraktionen**
- 11.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 03.11.2014 zur Gründung eines
Flüchtlingsvereins**
0008/2015
- 12 Anfragen der Ausschussmitglieder**

N Nicht öffentlicher Teil

1 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil -

2 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

3 Mitteilungen des Bürgermeisters

4 Anträge der Fraktionen

5 Anfragen der Ausschussmitglieder

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die 3. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann in der neunten Wahlperiode, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Sie stellt die aus dem Teilnahmeverzeichnis (*Anlage*) ersichtlichen Anwesenheiten sowie die Vertretungsverhältnisse fest.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 04.12.2014 - öffentlicher Teil - wird einstimmig genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 04.12.2014 - öffentlicher Teil 0040/2015

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Es liegen keine Mitteilungen vor.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Kuhlen informiert zur Seniorenbeiratswahl und bittet die Ausschussmitglieder, über deren Gremien Wahlberechtigte noch einmal zur Wahl zu motivieren.

Herr Dr. Bernhauser bittet mit Blick auf die demografische Entwicklung um Gegenüberstellung der Anzahl der aktuell Wahlberechtigten und der der letzten Seniorenbeiratswahl im Protokoll. Herr Kuhlen stimmt dem gerne zu. (*red. Anmerkung: 2015 sind 33.562 Personen wahlberechtigt. 2010 waren es 30.890 Personen.*)

Herr Kuhlen kommt auch dem vielfachen Wunsch nach, ein regelmäßiges Blitzlicht auf die Situation der Flüchtlinge in Bergisch Gladbach zu werfen. Derzeit seien 540 Flüchtlinge in den städtischen Unterkünften, aber auch in angemietetem privatem Wohnraum untergebracht. Die Situation sei durchaus dramatisch, weil die Zahlen exponentiell zunehmen. Seit November 2014 seien pro Monat 50 Flüchtlinge aus den bekannten Kriegs- und Krisengebieten nach Bergisch Gladbach gekommen. Die Bezirksregierung in Arnsberg habe mitgeteilt, die Anzahl der zuzuweisenden Flüchtlinge werde in 2015 nicht geringer sein als im letzten Jahr mit 260 Personen. Angesichts der im Januar und Februar bereits in Bergisch Gladbach angekommenen einhundert Menschen sei eher von einer Zahl von ca. 900 auszugehen, die die Stadtverwaltung bis Ende des

Jahres beherbergen und betreuen werde. Es werde weiter nach geeignetem Wohnraum gesucht. In den letzten Monaten sei es dankenswerterweise mit Hilfe der Kirchengemeinden, aber u.a. auch der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft und des Evangelischen Krankenhauses gelungen, viele Wohnungen zu akquirieren und zu belegen. Nur so gelinge es einigermaßen, den in Bergisch Gladbach ankommenden Flüchtlingen gerecht zu werden.

Auch der Umbau des Lübbecke-Gebäudes sei in vollem Gange. Es werde voraussichtlich im April belegungsfähig sein, mit guten Möglichkeiten, Menschen im Rahmen von Maßnahmen und Projekten zu betreuen.

Herr Kuhlen bedankt sich noch einmal herzlich für das in allen Stadtteilen entwickelte ehrenamtliche Engagement, auch hier häufig der Kirchengemeinden und der sehr engagierten Freiwilligen-Börse.

Frau Bähler-Sarembe möchte angesichts der steigenden Anzahl von Flüchtlingen wissen, welche Vorsorge die Stadtverwaltung für den Fall getroffen habe, dass alle Kapazitäten erschöpft sind. Sie bezieht sich auf die Situation in Nachbarkommunen, in denen Flüchtlinge bereits in Turnhallen untergebracht werden müssten.

Herr Kuhlen berichtet, erfreulicherweise habe die Stadt dies bislang vermeiden können. Eine Prognose sei schwierig. Wegen des exponentiellen Anstiegs der Flüchtlingszahlen sei die Verwaltung jedoch auf - bislang noch sehr spärliche - Angebote an privatem Wohnraum angewiesen.

5.1. Frauenpolitische Informationen *0041/2015*

Frau Fahner führt ergänzend zur Änderung des Bundesgremiengesetzes aus. In Aufsichtsräten solle es ab 2016 eine Frauenquote von 30 % für alle Neubesetzungen in Gremien geben. Auf Wunsch habe sie die Besetzungen des Rates und der Aufsichtsräte in Bergisch Gladbach recherchiert.

Der Frauenanteil im aktuellen Rat habe sich erfreulicherweise auf 33 % gegenüber 25,8 % im vorhergehenden Rat erhöht. Aus Gendersicht sei der Frauenanteil in Ausschüssen, in denen es um Finanzen gehe, enttäuschend. So verfüge der Haupt- und Finanzausschuss über einen Frauenanteil von 15,8 %. Auch in einem so wichtigen Ausschuss wie dem Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss seien leider nur 17,6 % Frauen vertreten. Bei den Ausschüssen mit sozialen Themen seien die Frauen wiederum deutlich überrepräsentiert, so im ASWDG mit 64,7 %, und im JHA mit 55,5 %.

Bei der Auswertung sei auch deutlich geworden, dass BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als einzige Fraktion den 50 %igen Frauenanteil konsequent im Rat und in den Ausschüssen umsetze.

Frau Fahner informiert weiter, dass die Aufsichtsräte, die nach dem Bundesgremiengesetz demnächst mit 30 % Frauen zu besetzen seien, in Bergisch Gladbach insgesamt einen Frauenanteil von 12,8 % aufwiesen.

Frau Schöttler-Fuchs bedankt sich für die Zahlenrecherche, die ihre eigenen Eindrücke bestätige. Sie finde es nach 25-jähriger Tätigkeit als Freizeitpolitikerin ärgerlich, dass Frauen kaum Chancen hätten, in die von ihnen unterbesetzten Gremien zu gelangen. Ihr stelle sich die Frage, welche Möglichkeiten es in Bergisch Gladbach gebe, dieser Entwicklung entgegenzusteuern. Da die Ausschüsse aktuell alle besetzt seien, schlage sie vor, zusätzlich auch Vorlagen zu den Themen Stadtentwicklung, Planung etc. aus frauenpolitischer Sicht im ASWDG zu behandeln. Sie bittet Frau Fahner, Möglichkeiten für dieses Vorgehen zu prüfen.

Zudem regt Frau Schöttler-Fuchs eine Selbstverpflichtungserklärung der Fraktionen, des Rates und der Ausschüsse sowie der Aufsichtsräte zur Frauenquote an. Sie appelliert insbesondere an die weiblichen Ausschussmitglieder, dieses Ansinnen auch in den Fraktionen voranzubringen. Neben ihr, Frau Schöttler-Fuchs, gebe es bestimmt noch weitere Frauen, die gerne z.B. in den von Männern überrepräsentierten Aufsichtsräten mitmischten.

Herr Dr. Baeumle-Courth freut sich über die Analysebilanz seiner Fraktion hinsichtlich der paritätischen Besetzung von Gremien. Er appelliert an Frau Schöttler-Fuchs, auch als Hobbypolitikerin an dem Thema dranzubleiben. Die Männer profitierten im Sinne eines neuen Rollenverständnisses ebenfalls davon. Herr Dr. Baeumle-Courth unterstützt auch Frau Schöttler-Fuchs Anregung, Vorlagen mit Genderrelevanz aus anderen Fachausschüssen im ASWDG vorzubereiten.

Herr Dr. Bernhauser bezieht sich auf den der Vorlage anhängenden Artikel „Der Chef ist eine Frau“. Er findet es beachtlich, welche Einflussgrößen von erfolgreichen Geschäftsfrauen im Rheinisch-Bergischen Kreis wahrgenommen würden. Herr Dr. Bernhauser bittet andererseits, das Thema „Altersarmut“ bzw. „Frauenaltersarmut“ vielleicht gelegentlich in einer der nächsten Sitzungen in Zahlen zu fassen. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Mütterrente auf die Grundsicherung angerechnet werde.

Herr Kuhlen bestätigt, dass das Problem der Altersarmut die Stadtverwaltung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch viel stärker beschäftigen werde. Aktuell sei die Situation so, dass im Rahmen der Grundsicherung im Alter SGB XII Leistungen zu 60 % von Frauen und zu 40 % von Männern bezogen würden.

Frau Fahner weist darauf hin, dass besonders für ältere Frauen das Thema „Grundsicherung“ sehr schambesetzt sei, so dass die Grundsicherung in vielen Fällen gar nicht beantragt werde. Dieser Zahlenbereich in der Grauzone könne also nicht dargestellt werden, sei aber vorhanden. Leider führe besonders die steigende Anzahl der Minijobs Frauen später direkt in Altersarmut. Diese Entwicklung sei erschreckend.

Frau Schöttler-Fuchs bittet den Blick auch auf junge Frauen und allein erziehende Mütter zu richten. An diese Gruppe werde nach ihrer Kenntnis ein hoher Prozentsatz der „Tafel-Ausweise“ vergeben.

Herr Tschorny lädt alle Interessierten zu einer Veranstaltung zum Thema „Altersarmut“ am 14.04. um 19 Uhr in den großen Ratssaal in Bergisch Gladbach ein.

Die Vorsitzende dankt Frau Fahner für das Zusammentragen der Informationen.

6. Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates

Herr Bartoszewicz berichtet aus der Sitzung des Integrationsrates vom 19.02.2015, die Arbeitskreise „Diversitymanagement“, „Flüchtlinge“ und „Schule und Bildung“ hätten ihre Arbeit aufgenommen. Über eine eventuell durchzuführende Demo gegen Rassismus und für Toleranz werde Herr Bartoszewicz den Ausschuss auf dem Laufenden halten. Zunächst sollten die größeren Religionsgemeinschaften und Vereine eingebunden werden.

Zum Thema „Flüchtlinge“ seien die haupt- und ehrenamtlich tätigen Menschen zurzeit neben der regulären Hilfe damit beschäftigt, das ehrenamtliche Engagement der Bergisch Gladbacher Bürger und Bürgerinnen so aufzufangen, dass es den Flüchtlingen zugute kommen könne. Ein Mentorenprojekt solle konzeptionell erarbeitet werden, wonach ehrenamtlich engagierte Menschen

sich für eine gewisse Zeit einer Familie annehmen und sie unterstützen könnten, beispielsweise bei Behördengängen. Auch werde die Möglichkeit der Schaffung von Arbeitsgelegenheiten geprüft.

Die Vorsitzende bedankt sich für die Informationen.

7. **Rückblick 2014 und Ausblick 2015 zur Umsetzung des Integrationskonzeptes**
0012/2015

Frau Koshofer lobt die in der Vorlage dargestellte Arbeit. Sie fragt, ob die dargestellten Maßnahmen angesichts der Verschuldung der Stadt nicht preisgünstiger umgesetzt werden könnten.

Frau Siebenmorgen weist Frau Koshofer als seinerzeitiges Mitglied des Integrationsrats noch einmal auf den jährlichen Haushaltsansatz in Höhe von 50.000 € zur Umsetzung des Integrationskonzeptes seit dessen Verabschiedung hin, die bislang immer seitens des Rates und der Aufsichtsbehörde bewilligt wurden.

8. **Verwendung finanzieller Mittel zur Umsetzung des Integrationskonzeptes:**
Weiterführung des Projektes "Ex-Azubi-Treff" durch die GL-Service gGmbH
0010/2015

Die Vorsitzende macht auf den ausliegenden Vorabauszug aus der Sitzung des Integrationsrats vom 19.02. aufmerksam, wonach die geplante Weiterführung des Projektes nun in Höhe von 17.000 € vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu beschließen sei.

Herr Dr. Bernhauser bedauert, dass die Caritas das Projekt nicht weiterführen kann, freut sich aber über die Bereitschaft des neuen Trägers, das Projekt Ex-Azubi-Treff zumindest in 2015 weiterzuführen. Von den bereits beschlossenen Mitteln bis zu einer Höhe von 18.000 € sollten nun 17.000 € in das Projekt fließen. Dieser Regelung habe der Integrationsrat bereits zugestimmt. Herr Dr. Bernhauser führt aus, angesichts des sich abzeichnenden Fachkräftemangels sei es sehr wichtig, die vorhandenen Ressourcen bei jungen Menschen zu fördern. Die Kapazitäten der im Projekt betreuten Jugendlichen mit Migrationshintergrund, so führt Herr Dr. Bernhauser weiter aus, würden dringend gebraucht.

Frau Schöttler-Fuchs schließt sich Herrn Dr. Bernhausers Wortbeitrag an und merkt an, dass bei den kommenden Haushaltsplanberatungen ein höherer Betrag eingestellt werden müsse, damit das Projekt weiter fortgeführt werden könne.

Herr Tschorny begrüßt für seine Fraktion die Fortführung des Ex-Azubi-Treffs, besonders im Hinblick darauf, dass die GL Service gGmbH angeboten habe, das gute Konzept der Caritas zunächst unverändert fortzuführen und dann weiterzuentwickeln.

Die Vorsitzende lässt über die geänderte Beschlussempfehlung des Integrationsrates abstimmen.

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann folgt der Empfehlung des Integrationsrates und fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der geplanten Weiterführung des Projektes durch die GL-Service gGmbH mit finanzieller Beteiligung der Stadt Bergisch Gladbach in Höhe von **17.000 €** wird vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zugestimmt.

9. **Umsetzung des Aktionsplanes im Jahr 2014 und Planung für das Jahr 2015**
05/3/2014

Frau Scheerer fragt, ob in der Vorlage lediglich die Ziele aufgeführt seien, die in 2015 bearbeitet werden sollten.

Frau Allelein bestätigt, es handele sich um die Ziele, die in 2015 mit dem Beirat zusammen umgesetzt werden sollten. Die Umsetzung des Aktionsplanes sei eine Aufgabe, so berichtet Frau Allelein weiter, die sie neben ihrer Stelle als Behindertenbeauftragte inklusive Pflichtaufgaben wie Umsetzung der Barrierefreiheit zu erledigen habe. Die Umsetzung des Aktionsplans könne immer nur punktuell vonstatten gehen.

Die Projekte selbst seien nicht so leicht umzusetzen. Das Projekt Stadtteilbegehung beispielsweise sei im Mai 2014 begonnen worden. Es seien drei Informationsveranstaltungen mit Menschen mit Behinderungen durchgeführt worden. Die Gruppe der Stadtteilbegeher bestehe aus einem Menschen mit Hörbehinderung, einem Blinden, drei Menschen mit E-Rollstuhl, zwei Menschen mit einer Gehbehinderung, und drei Betreuern. Die Gruppe versuche zunächst einmal ein Konzept zu erstellen. Zuerst sollten die Stadthäuser und später auch Arztpraxen in öffentlichen Gebäuden begangen und schlicht der Bestand aufgenommen werden.

Zur Bewältigung der Stadtteilbegehungen in drei großen Versorgungsbereichen in Bergisch Gladbach sei dringend Unterstützung erforderlich, die bislang trotz mehrfacher Bitten sehr gering sei.

Frau Allelein informiert über die zusätzlichen Projekte „Leichte Sprache in Formularen“ und „Peer Counseling“, Beratung auf Augenhöhe.

Herr Dr. Bernhauser dankt für das Engagement des Inklusionsbeirats für diese wichtigen Maßnahmen. Herr Dr. Bernhauser freut sich über die funktionierende Öffentlichkeitsarbeit, so sei der Inklusionsrat präsent beim Stadtfest, bei den Bautagen, der Gesundheitsmesse usw.. Herr Dr. Bernhauser appelliert an Frau Allelein, weiter so in ihrer Arbeit fortzufahren, Sie habe die volle Unterstützung sicher nicht nur der CDU-Fraktion, sondern aller Fraktionen.

Frau Schöttler-Fuchs merkt an, auch die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag so zustimmen. Die Arbeit im Inklusionsbeirat erfordere viel Souveränität und oftmals einen hohen Zeitaufwand. Oft gebe es einen großen Erklärungsbedarf. Frau Schöttler-Fuchs wünscht Frau Allelein und dem Beirat viel Kraft bei der Umsetzung des Aktionsplans.

Frau Koshofer bedankt sich für die komplizierte Umsetzung und wünscht Frau Allelein weiterhin viel Kraft für ihre Arbeit. Sie sei erschrocken, dass Frau Allelein so wenig Unterstützung finde.

Frau Allelein bedankt sich herzlich für die freundlichen Worte. Demnächst, so berichtet Frau Allelein, sei erneut die Begehung einiger Häuser durch Studierende der TU Dortmund vorgesehen. Bei der Bestandsaufnahme müsse gemessen und dokumentiert werden. Hierfür werde die schon mehrfach angesprochene Hilfe benötigt.

Frau Schöttler-Fuchs fragt, ob und ggf. wie der Ausschuss helfen könne.

Frau Allelein erläutert, es werde die Hilfe von Menschen gebraucht, die die Gruppe bei den mehrstündigen Begehungen begleiteten und unterstützten.

Frau Schöttler-Fuchs schlägt vor, die Termine ins Protokoll aufzunehmen, damit Interessierte sich bei Frau Allelein melden können.

Frau Allelein sagt die Bekanntgabe der Termine zu und bedankt sich im Voraus.

(red. Anmerkung: Die Termine werden nach den Sommerferien feststehen und dem ASWDG mitgeteilt.)

Die Vorsitzende regt an, dass die Fraktionen die Termine dann zusätzlich an weitere Interessierte geben.

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann folgt der Empfehlung des Inklusionsbeirats und fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der ASWDG stimmt der Umsetzung der in der Vorlage beschriebenen Maßnahmen zu.

10. Ergebnisse des "Runden Tisches bezahlbarer Wohnraum"
0444/2014

Herr Schmickler berichtet unter Hinweis auf die Vorlage, der Runde Tisch sei dankenswerterweise von unterschiedlichsten Institutionen und Gruppierungen bis hin zur privaten Wohnungswirtschaft sehr gut frequentiert und begleitet worden. Aus den Niederschriften der unterschiedlichen Sitzungen sei eine ganze Reihe von relativ klaren Positionen abgeleitet und in der Vorlage zusammengefasst worden. Die Vorlage zeige, welche Positionen geändert werden könnten. Letztendlich liege nach der positiven Beratung im Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss die Entscheidung beim ASWDG.

Herr Schmickler weist darauf hin, die im Stadtentwicklungsausschuss angesprochenen möglichen Veränderungen im Rahmen der Bauleitplanung erforderten zwingend die vorherige Erarbeitung eines so genannten Wohnungspolitischen Handlungskonzepts. Erst dieses Konzept liefere eine Rechtsgrundlage.

Frau Holtzmann verweist auf den Auszug aus der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses.

Herr Dr. Bernhauser berichtet von seinen Erfahrungen als Mitglied des Runden Tisches. Unter Beteiligung der verschiedensten Akteure sei es zu der Auflistung der Vorschläge auf der letzten Seite der Vorlage unter „Teil IV, Ergebnisse, Prüfaufträge an die Verwaltung“ gekommen. Da der Runde Tisch die Verwaltung nicht beauftragen könne, sei nun die Entscheidung im ASWDG erforderlich.

Herr Dr. Bernhauser formuliert sein Anliegen, über die vier Punkte des Beschlussvorschlages hinaus auch zu beschließen, dass der ASWDG regelmäßig Information über den Sachstand der Prüfung erhalte. Des Weiteren rege er an, einen breiteren gesellschaftlichen Diskurs über bezahlbaren Wohnraum in Bergisch Gladbach zu initiieren. Hierzu sei ein weiteres Anliegen, dass sich die im ASWDG vertretenen Beiräte und der Integrationsrat mit dem Papier beschäftigten. Das Thema bezahlbarer Wohnraum betreffe allen drei Gremien und sei auch interessant für die Wohlfahrtsverbände der Stadt. Es sei wissenswert, wie viele Mietrückstandsprobleme bei der Schuldnerberatung in Bergisch Gladbach behandelt würden. Herr Dr. Bernhauser schlägt vor, das Konzept an verschiedenen Stellen der Stadt vorzustellen und Meinungen aus unterschiedlicher Sicht einzuholen.

Frau Schöttler-Fuchs unterstützt Herrn Dr. Bernhausers Anregungen. Sie sieht das Thema „bezahlbarer Wohnraum“ auf einem guten Weg. Besonders wichtig findet sie das Wohnungspolitische Handlungskonzept der Stadt Bergisch Gladbach.

Auch Herr Tschorny stimmt Herrn Dr. Bernhausers Anregungen zu.

Frau Koshofer findet es sehr gut, dass Herr Dr. Bernhauser den Diskurs in der Öffentlichkeit und den Zwischenbericht im Ausschuss angeregt hat.

Herr Bartoszewicz informiert, auch der Integrationsrat befasse sich mit dem Thema des sozialen Wohnraums. Die Konzentrierung der sozialen Themen ausschließlich auf Flüchtlinge sei seiner Meinung nach zu kurz gedacht. Daneben gelte es auch, dem eigentlichen Klientel zu helfen.

Die Vorsitzende schlägt vor, die regelmäßige Information des Ausschusses als zusätzlichen Punkt 5 in den zu fassenden Beschluss aufzunehmen. Der von Herrn Dr. Bernhauser gewünschte breitere gesellschaftliche Diskurse könne nach ihrer Auffassung als Thema in den nächsten Runden Tisch einfließen. Ggf. könne zusammen mit der Verwaltung überlegt werden, einen Termin für eine öffentliche Veranstaltung festzulegen.

Herr Dr. Bernhauser appelliert insbesondere an die beratenden Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Beiräte und des Integrationsrates, das Anliegen zumindest schon mal mitzunehmen.

Herr Schmickler macht hinsichtlich der gewünschten Berichterstattung darauf aufmerksam, dass sich neben dem ASWDG sowohl der Flächennutzungsplanausschuss, der Verwaltungsrat des Stadtentwicklungsbetriebs und der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss mit dem Thema beschäftigen müssten. Angesichts der umfangreichen Ergebnisse werde es in diesen und anderen Gremien immer wieder konkrete, zu beratende Punkte geben, so dass die Berichterstattung sowie auch die politische Mitwirkung gewährleistet seien.

Hinsichtlich der Beratungsangebote in diesem Bereich seien sowohl der Fachbereich 5 und der Fachbereich 2 gefragt wie die Kreisverwaltung, die bekanntlich im Bereich der Wohnungsbauförderung eine wichtige Rolle spiele, andererseits auch Verbände und Institutionen, die sich beispielsweise mit dem Thema Mietkonflikte beschäftigten wie die Schuldnerberatung.

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fasst einstimmig bei Enthaltung der Stimme der FDP-Fraktion und der Stimme der AfD-Fraktion den dem Vorschlag der Verwaltung folgenden und um Punkt 5 **ergänzten Beschluss**:

1. Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann betont die Notwendigkeit eines ausreichenden Bestandes an bezahlbarem Wohnraum, insbesondere vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung sowie der laufenden Veränderungsprozesse am Wohnungsmarkt. Er strebt insofern in Bergisch Gladbach einen ausgewogenen Wohnungsmarkt an.
2. Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann des Rates der Stadt Bergisch Gladbach beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung der in der Vorlage genannten Ergebnisse der Arbeit des „Runden Tisches bezahlbarer Wohnraum“.
3. Die Prüfungsergebnisse der Verwaltung sollen in ein Wohnungspolitisches Handlungskonzept der Stadt Bergisch Gladbach einfließen.

4. Der „Runde Tisch bezahlbarer Wohnraum“ soll zukünftig sporadisch, mindestens einmal jährlich, in der bisherigen Form und Zusammensetzung zum Erfahrungsaustausch einberufen werden.
5. Die Verwaltung soll regelmäßig im Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann über den Stand des Verfahrens berichten.

11. Anträge der Fraktionen

11.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 03.11.2014 zur Gründung eines Flüchtlingsvereins *0008/2015*

Die Vorsitzende weist auf den ausliegenden Vorabauszug aus der Sitzung des Integrationsrates vom 19.02. hin.

Frau Siebenmorgen weist auf das Antwortschreiben des Bürgermeisters sowie die Stellungnahme der Verwaltung hin. Nach der Diskussion im Integrationsrat habe das Mitglied der Fraktion DIE LINKE. als über die demokratische Liste gewähltes Mitglied die Absicht erklärt, den TOP zurückzuziehen. Frau Siebenmorgen fragt Herrn Tschorny, ob er als Fraktionsmitglied DIE LINKE. nun diesen Antrag zurückziehen wolle.

Herr Tschorny führt aus, es bestehe schon eine Vernetzung, im Rahmen derer die Stadtverwaltung schon eine gute Arbeit leiste. Allerdings sehe er nicht, dass die im Antrag dargestellten Vorschläge tatsächlich so in der Flüchtlingspolitik umgesetzt würden. Eine selbst organisierte und selbstbestimmte Flüchtlingshilfe durch einzelne Bürger werde im Rahmen der aktuellen Strukturen nicht unterstützt. Die Gründung eines Vereins, so erläutert Herr Tschorny, würde sowohl die Stadtverwaltung als auch das bestehende Netzwerk entlasten. Es würde auch keine Doppelstruktur geschaffen.

Über die im Antrag beschriebene Website des neuen Vereins solle die kommunikative Einbindung der Bürgerinnen und Bürger begründet und die erforderlichen Informationen geliefert werden. So könne die soziale Situation in der Stadt transparent gemacht werden. Insofern bestehe das Anliegen des Antrages weiter. Alternativen konstruktiven Vorschlägen wie die Einrichtung einer Stabsstelle für dieses Anliegen bei der Stadtverwaltung stehe seine Fraktion offen gegenüber.

Frau Münzer erwidert, eine entsprechende, gut funktionierende Stelle gebe es bei der Stadtverwaltung inzwischen. Das Abstimmungsergebnis im Integrationsrat zeige darüber hinaus, dass keine Notwendigkeit zur Gründung eines zusätzlichen Flüchtlingsvereins gesehen werde. Frau Münzer spricht sich absolut dagegen aus, Vereine zu gründen und Parallelstrukturen zu schaffen.

Herr Kühlen weist darauf hin, es gebe einen hervorragend arbeitenden Integrationsrat in Bergisch Gladbach, gleichermaßen einen Arbeitskreis Flüchtlingshilfe, der eine hervorragende Arbeit leiste und die fachliche Arbeit der verschiedenen Akteure in Bergisch Gladbach vernetze. Neu hinzugekommen sei ein Runder Tisch zur ehrenamtlichen Arbeit im Rahmen der Flüchtlingshilfe, in dem die gewünschte Vernetzung unterschiedlicher Akteure mit unterschiedlichem Engagement und der Träger, bei denen sich ehrenamtliches Engagement firmiere, stattfinde.

Herr Kühlen führt weiter aus, die im Antrag angesprochenen Kleiderkammern, Organisation von gebrauchten Möbeln, sozialarbeiterische Betreuung, Behördenbegleitung, Stadtführung, Deutschkurse, Patenschaften usw. gebe es in Bergisch Gladbach. Über die Zusammenarbeit der Stadtverwaltung mit den Institutionen könne auf der städtische Homepage nachgelesen werden. Neben den von Herrn Bartoszewicz beschriebenen Maßnahmen im Bereich des ehrenamtlichen

Engagements sei auch die Caritas im Moment sehr stark engagiert, die Ehrenamtler sowohl zur rechtlichen Situation als auch pädagogisch zu schulen. Es passiere also schon sehr viel, so dass ein zusätzlicher Verein aus seiner Sicht redundant wäre.

Betreffend das im Antrag gewünschte selbstbestimmte ehrenamtliche Engagement einzelner Personen verweist Herr Kuhlen an die Freiwilligen-Börse. Engagement, Hilfe und Unterstützung in der Flüchtlingshilfe sei herzlich willkommen, aber ausschließlich in Absprache mit der Stadtverwaltung, damit zum Schutz der in den Unterkünften untergebrachten Menschen transparent bleibe, wer sich dort engagiere.

Frau Koshofer möchte wissen, wie sie mit der ihr von ihrer Fraktion weitergereichten Einladung zu einer organisierten Besichtigung dieser Einrichtungen umgehen solle.

Herr Kuhlen berichtet, auf Anfrage einer Einzelperson wolle die Stadtverwaltung allen Fraktionen die Möglichkeit geben, mit maximal einer Person an einer organisierten Besichtigung der Unterkünfte teilzunehmen.

Herr Bartoszewicz macht abschließend darauf aufmerksam, dass der Aufbau von Strukturen für die Inanspruchnahme einer so großen Anzahl von Menschen Zeit brauche. Im Sinne einer fachlich vernünftigen Durchführung beispielsweise des Mentorenprojekts, der Sprachkurse oder eines Qualifizierungsprogramms sei ein größerer Zeitaufwand erforderlich. Herr Bartoszewicz weist darauf hin, seine Telefonnummer als Ansprechpartner der AG Flüchtlinge sei im Netz zu finden. Ehrenamtlich Engagierte könnten davon gerne Gebrauch machen.

Die Vorsitzende bedankt sich für die Diskussion und lässt über den Antrag abstimmen.

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fasst mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. folgenden

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. wird abgelehnt.

12. Anfragen der Ausschussmitglieder

Es gibt keine Anfragen.

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

N Nicht öffentlicher Teil

1. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil -

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 04.12.2014 - nicht öffentlicher Teil - wird einstimmig genehmigt.

2. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Es gibt keine Mitteilungen.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

4. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge vor.

5. Anfragen der Ausschussmitglieder

Es werden keine Anfragen gestellt.

Die Vorsitzende bedankt sich bei allen Anwesenden für die Zusammenarbeit und die Diskussionsbeiträge, wünscht einen schönen Abend und schließt die Sitzung um 18.55 Uhr.

gez.:

Petra Holtzmann
Ausschussvorsitzende

gez.:

Gitta Schablack
Schriftführerin